

## PRESSEMITTEILUNG

### **Wachstumsinitiative: Ernährungsindustrie bemängelt fehlenden Spitzenausgleich für Gas**

#### **Branche begrüßt Stromsteuer- und Netzausbaupläne der Bundesregierung, kritisiert aber zu geringe Entlastung bei Energiekosten.**

Berlin, 17.07.2024. Heute hat das Bundeskabinett die "Wachstumsinitiative – neue wirtschaftliche Dynamik für Deutschland" beschlossen. Die darin vorgeschlagenen Maßnahmen für einen leistungsfähigen Energiemarkt begrüßt die energieintensive Ernährungsindustrie ausdrücklich. Kritik äußert die Branche, dass es für den seit dem 1. Januar 2024 weggefallenen Spitzenausgleich für Gas keine Folgeregelung gibt.

Die Herstellungsprozesse in der Ernährungsindustrie sind vielfach energieintensiv. Dazu sind unter anderem große Mengen an Prozesswärme nötig, die in vielen Unternehmen mittels Erdgas erzeugt wird. Alternativen wie grüner Wasserstoff sind derzeit nicht in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar. Zwar hat die Bundesregierung mit der dauerhaften Absenkung der Stromsteuer für viele Unternehmen eine spürbare Entlastung erreicht, jedoch findet sich in der Wachstumsinitiative kein Hinweis für eine Anschlussregelung für den Spitzenausgleich für Gas. Dieser war seit mehr als zwei Jahrzehnten im Energiesteuergesetz verankert und wurde zum 1. Januar 2024 ersatzlos gestrichen. Um die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu erhalten, fordert die Ernährungsindustrie die Wiedereinführung des Spitzenausgleichs für Gas.

Die Branche begrüßt, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Ausweitung der bisherigen engen Anwendung der Strompreiskompensation einsetzen möchte. Bisher zählt die Ernährungswirtschaft nicht zum Begünstigtenkreis, obwohl sie energie-, handelsintensiv und abwanderungsgefährdet ist. Die Branche fordert daher, den Ausgleich der Energiekosten auf alle anspruchsberechtigten Sektoren auszuweiten.

Für den klimaschonenden Umbau des Wirtschaftsstandortes Deutschlands braucht es eine stabile und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Die dauerhafte Absenkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe mit Blick auf Planungs- und Investitionssicherheit ist überfällig. Die Ankündigung, Netzentgelte sowie Einführung zeitvariabler Netzentgelte zu überprüfen, ist ein richtiger und dringend erforderlicher Ansatz, dem schnellstmöglich Taten folgen müssen.

Die folgenden Verbände zeichnen diese Pressemeldung mit:  
**Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)**  
**Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)**  
**Deutscher Mälzerbund e. V. (dmb)**  
**Deutscher Verband der Hefeindustrie e. V.**  
**OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.**  
**Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e. V.**

## PRESSEKONTAKT

### **BVE**

Oliver Numrich

Tel.: +49 (0)30 / 200786-167

[numrich@ernaehrungsindustrie.de](mailto:numrich@ernaehrungsindustrie.de)

### **BDSI**

Solveig Schneider

Tel.: +49 (0)228 / 26007-23

[solveig.schneider@bdsi.de](mailto:solveig.schneider@bdsi.de)

### **dmb**

Tel.: +49(0)69 / 90029580

[dmb@deutscher-maelzerbund.de](mailto:dmb@deutscher-maelzerbund.de)

### **Deutscher Verband der Hefeindustrie**

Maximiliane Overhage

Tel.: +49 (0)228 / 212018

[overhage@verbaendebuero.de](mailto:overhage@verbaendebuero.de)

### **OVID**

Maik Heunsch

Tel: +49 (0)30 / 72 62 59 – 00

[presse@ovid-verband.de](mailto:presse@ovid-verband.de)

### **VGMS**

Anne-Kristin Barth

Tel.: +49 (0)30 / 2123369 34

[anne-kristin.barth@vgms.de](mailto:anne-kristin.barth@vgms.de)